

Editorial

Fair handeln in seltsamen Zeiten



Manch schönen Tag mit frühlingshaften Temperaturen haben wir im November und auch bereits im Dezember erlebt. Der Winter lässt ebenso auf sich warten wie der Raucherschutz! Die Bedeutung der Jahreszeiten mit ihren charakteristischen

Witterungen schwindet. Dafür erinnert uns das große Weihnachtsgeschäft frühzeitig daran, dass der Winter kommen sollte oder könnte. Nicht nur die entsprechenden Produkte in den Läden machen das unübersehbar deutlich – auch der Weihnachtsmarkt und die Beleuchtung in der Innenstadt kommen wie immer in den letzten Jahren viel zu früh.

Zusätzlich könnte jetzt theoretisch zu jeder Tages- und Nachtzeit außer Sonntag eingekauft werden. Praktisch hat man sich gerade einmal in der Innenstadt darauf verständigt, dass am „langen Freitag“ ein Großteil der Geschäfte bis 22.00 Uhr öffnet. Diesen Trend setzen die Großen, die Kaufhäuser und Ikea. Sie werden auch von der neuen Scheinfreiheit profitieren. Die kleinen mittelständischen Unternehmen werden dagegen künftig weniger vom gleichgroßen Kuchen des auszubehenden Geldes abbekommen.

Fair einkaufen und fair schenken sind mir ein Anliegen. Wobei ich nicht nur an das durch ungünstige Arbeitszeiten gebeutelte Personal im Einzelhandel denke. Ich rufe auf, Partei zu ergreifen für faire Weihnachten. Informationen zum fairen Handel bieten folgende Internet-Seiten: www.oeko-fair.de (Verbraucherinitiative) oder www.transfair.de.

Frohe Weihnachten und ein gutes Neues Jahr wünscht Ihr Thomas Rommelspacher

Inhaltsverzeichnis

Editorial	1
Ältestes Ruhrgebietskino retten	2
Eigenversuch als Flop	3
Demo für Mieterschutzrechte der Immeo-MieterInnen	4
Einladung zum Neujahrsempfang	5
Gemeindeordnung NRW:	5
Braucht das Ruhrgebiet noch mehr Autobahnen?	6
Kai`s Brief aus Berlin - Neues von unserem MdB	8
Ziel fahrradfreundliche Stadt weiter verfolgen	10
GRÜNE BDK: Den Sozialstaat weiterentwickeln	10
Tipps und Termine	11

Aktuelle Ergänzung

GRÜNE weisen Bürgerbegehren für Fußballplätze zurück

2

Ältestes Ruhrgebietskino retten Fristverlängerung für Glückaufkino

Nach dem Willen des Investors soll über die Zukunft des Kinos im Glückaufhaus bis zum Jahresende entschieden werden. „Diese Frist für die mögliche Rettung des Kinos ist zu kurz“, so Walter Wandtke, Denkmalschutzbeauftragter der GRÜNEN, „sie sollte bis Ende Februar verlängert werden!“ Die stilgerechte Wiederherstellung des ältesten noch erhaltenen Kinos des Ruhrgebiets aus dem Jahre 1924 erfordert eine einmalige Investition von ca. 1,6 bis 1,8 Millionen Euro. Die Bemühungen der Kinochefin Frau Menze und anderer Förderer, diese Instandsetzung mit Sponsorengeldern zu stemmen, brauchen noch etwas mehr Zeit. Bisher ist zwar ein Großteil der Gelder zugesagt, aber es reicht noch nicht aus. „GRÜNE appellieren deshalb an den Projektentwickler Kölbl-Kruse, die Chance zur Ret-

tung des Kinos nicht vorschnell zu vertun. Das Kino nahe Folkwangmuseum und Rüttenscheid wäre eine Bereicherung für die Stadt wie für den Stadtteil. Es wäre unpassend, wenn in der Kultuhauptstadt das älteste Kino für immer geschlossen bliebe“, so Rolf Fliß, GRÜNER Ratsherr.

GRÜNE gehen davon aus, dass sich das Kino nach der einmaligen Investition selbst trägt und wünschen sich ein weiteres bürgerschaftliches Engagement zum Erhalt des Kinos. Ein Verein zur Rettung des Filmstudios ist gegründet worden.

Weitere Informationen Marianne Menze: 289 55-0 oder www.rettet-das-filmstudio.de (hier gibt's auch schöne Fotos aus diesem prächtigen Kino). Kölbl-Kruse hat die Entscheidungsfrist bis Januar verlängert.

Joachim Drell

GRÜNE weisen Bürgerbegehren für Fußballplätze zurück

Einige Vertreter von Vereinen, deren Sportplätze gemäß Ratsbeschluss geschlossen werden sollen, führen ein Bürgerbegehren für den Erhalt ihrer Spielstätten durch. In der letzten Ratsitzung hatten GRÜNE und CDU diesen Beschluss gefasst, von dem 2 Turnhallen und 7-8 Fußballplätze betroffen sind.

GRÜNE halten nicht nur aus Kostengründen – Einsparungen in allen Bereichen des Stadthaushalts sind notwendig – an diesen Maßnahmen fest.

Alle betroffenen Vereine können ihren Sport weiter ausüben, weil es dafür entsprechende Umzugspläne gibt. Essen hat Überkapazitäten im Sportbereich. Gleichzeitig sinkt die Bevölkerungszahl in unsere Stadt nicht erst seit heute und die Zahl der SchülerInnen und jüngeren Menschen in noch viel stärkerem Maße. Deshalb ist dieser maßvolle Rückbau insbesondere von Fußballplätzen richtig und angemessen. Außerdem wird über jede Schließung einer Anlage vom Rat noch einmal gesondert beschlossen, und zwar auf der Grundlage einer von der Verwaltung mit dem jeweiligen Verein abgesprochenen Umzugsplanung. Was will mensch noch mehr, wenn man ernsthaft sparen muss? GRÜNE haben zwar Verständnis dafür, dass Vertreter der betroffenen Vereine sich für ihre „Heimanlage“ einsetzen, in die sie in der Regel auch viel Eigenarbeit und Initiative investiert haben. Aber vor dem Hintergrund der finanziellen Lage der Stadt (Nothaushalt) ist dieses Bürgerbegehren abzulehnen.

GRÜNE rufen dazu auf, die Listen für das Bürgerbegehren nicht zu unterschreiben.

Die GRÜNEN weisen darauf hin, dass die vorhandenen Sportplätze stark einseitig auf Fußball ausgerichtet sind. Damit tragen sie nur bedingt den Sportbedürfnissen der Bevölkerung Rechnung, die außerhalb von Vereinen Sport treiben. Wenn jetzt 7-8 kleinere von 95 Sportanlagen in Essen geschlossen werden, dann führt dies auch zu einer Stärkung der größeren Anlagen, die mehr an Vielseitigkeit- Volleyball, Bewegung usw. -bieten können, die familienfreundlicher sind und in dieser Richtung weiter entwickelt werden sollen. Ein vorbildliches Beispiel dafür ist die Bezirkssportanlage Raumerstraße!

Die Konsolidierung der Finanzen im Sportbereich ist aber auch eine Maßnahme, um den Sport und den Erhalt und Ausbau der Sportanlagen in Essen zukunftsfähig zu machen. Wer für jeden kleinen Sportplatz kämpft, gefährdet damit die nachhaltige Finanzierung der Sportinfrastruktur und weitere Investitionen. Das ist letztlich verantwortungslos – deshalb sagen wir klar Nein zu diesem Bürgerbegehren!

Vorstand der GRÜNEN Essen

Eigenversuch als Flop

Messtechnischer Feldversuch am Flughafen E/MH

Im April diesen Jahres hatte Verkehrsminister Oliver Wittke (CDU) angekündigt, einen zeitlich befristeten messtechnischen Feldversuch am Flughafen Essen/Mülheim zu unterstützen, der die Geräuschimmissionswirkungen zwischen kleinen Düsenflugzeugen und Turbo-Prop-Luftfahrzeugen vergleicht. Hintergrund ist das Bemühen des Flughafens, den Flugbetrieb mittels düsenbetriebener Geschäftsflugzeuge auszuweiten.

Horst Becker (MdL), verkehrspolitischer Sprecher der GRÜNEN Landtagsfraktion, hat seitdem mehrere kleine Anfragen an die Landesregierung gerichtet, um mehr Informationen über diesen Feldversuch und die per Ausnahmegenehmigung zugelassenen Düsenflüge am Flughafen Essen/Mülheim zu erhalten. Die Antworten fielen – wie bei Minister Wittke üblich – sehr unbefriedigend aus. Die genauen Standorte der Messstellen wollte das Ministerium zunächst nicht mitteilen. Immerhin gab das Ministerium zu, dass eine Einbeziehung von Kommunen oder Bevölkerung in die Standortauswahl der Messstellen nicht vorgesehen sei. In einer späteren Antwort teilte der Minister mit, dass bis September insgesamt fünf Messungen von Düsenflügen (2 Abflüge über Engelsruh, ein Anflug über Engelsruh, ein

Anflug über Mülheim-Steinknappen und ein Abflug über Mülheim-Wöllenbeck) vorgenommen wurden. Messung, Auswertung der Daten und die Übernahme der Kosten erfolgt durch den Flughafen selbst. Weiterhin heißt es in den Antworten des Ministeriums, dass im Jahr 2006 bis September 44 Ausnahmegenehmigungen für Düsenflugzeuge erteilt wurden. Im Jahr 2004 waren es 17 Ausnahmegenehmigungen und im Jahr 2005 21 Ausnahmegenehmigungen.

Im November stellte Geschäftsführer Reiner Eismann die Ergebnisse des Feldversuches in nichtöffentlicher Sitzung dem Aufsichtsrat des Flughafens Essen/Mülheim vor. Angeblich seien demnach Jets leiser als Propellerflugzeuge. Die Vorsitzende des Aufsichtsrates, die Mülheimer Oberbürgermeisterin Dagmar Mühlenfeld (SPD) interpretierte die Ergebnisse denn auch als Grundlage für eine Zulassung der kleinen Düse. Die GRÜNEN Ratsfraktionen aus Mülheim und Essen sowie das Netzwerk gegen Fluglärm bohrten in der Angelegenheit weiter nach und brachten ans Tageslicht, dass die Messungen vom Geschäftsführer selbst – unterstützt durch einen Techniker des Flughafens Dortmund – durchgeführt worden sind. Jürgen Richter, umweltpolitischer Sprecher der Mülheimer GRÜNEN kom-

mentierte: Solche Methoden billige man „mit Experimentierkästen hantierenden Schülern zu“, nicht aber Unternehmen. Und auch für Horst Becker steht fest: „Es handelt sich bei dem Feldversuch in Wahrheit um ein auftragsorientiertes Lärmgutachten, dem es an der nötigen Objektivität und Repräsentativität fehlt.“

Rückzieher im Landtag

Auf Antrag der GRÜNEN Landtagsfraktion befasst sich der Verkehrsausschuss Ende November mit den Ergebnissen des Feldversuches. Hier distanzierte sich Verkehrsminister Wittke vorsichtig von dem Versuch. Den Feldversuch könne man lediglich als Indiz werten. Vor einer Genehmigung der kleinen Düse bedürfe es noch eines „klassischen Lärmgutachtens“. Der Forderung der GRÜNEN nach Herausgabe der Messprotokoll wurde dagegen nicht Rechnung getragen.

Auch der Versuch von mir, an Informationen mittels eines Antrages nach Umweltinformationsgesetz zu gelangen, führte zu keinem Erfolg. Der Geschäftsführer des Flughafens, Reiner Eismann, schrieb mir, dass mir nach der Rechtsauffassung der Stadt Mülheim kein Recht auf Umweltinformationen, die eine GmbH als eigenständiges Unternehmen für

Unternehmensentscheidungen gesammelt hat, zusteht. Gegen diese Entscheidung habe ich Widerspruch eingelegt, da die europäische Umweltinformationsrichtlinie auch einen Anspruch auf Umweltinformationen gegenüber einem von der öffentlichen Hand getragenen Unternehmen vorsieht.

Keine Nachfrage für Düsenjets

Unterdessen musste Geschäftsführer Eismann öffentlich bekennen, dass seine Strategie zur Gewinnung von Geschäftskunden bislang gescheitert ist. Das Netzwerk gegen Fluglärm und die Mülheimer GRÜNEN hatten im August aufgedeckt, dass ein im Düsenbetrieb geführter Geschäftsflughafen Essen/Mülheim bei der Wirtschaft fast keinen Anklang findet. Kronzeuge hierfür ist ausgerechnet Flughafenchef Eismann, der bei einem Vortrag auf der EU-Konferenz „Allgemeine Luftfahrt“ am 15. Mai 2006 von den „Erfolgen“ seiner intensiven Akquise berichtete. Er habe 321 Firmen angeschrieben, 115 wollten danach Infos, zehn seien jetzt mit ihm in Verhandlungen – und zwei seien tatsächlich geflogen. Fazit von Hubert Niehoff von den Mülheimer GRÜNEN: „Die behauptete Nachfrage ist eine Chimäre.“

Helmar Pless

Demo für Mieterschutzrechte der Immeo-MieterInnen

Am 2. Dezember beteiligte sich der Kreisvorstand mit einem Infostand an der Demonstration der maßgeblich von Immeo-MieterInnen organisierten Demonstration für umfassende Mieterschutzrechte, gegen massive Mieterhöhungen und gegen Luxussanierungen. Anlass der von ca. 150 Personen besuchten Demo war der Verkauf der rund 10.500 Immeo-Wohnungen (vormals Krupp) an einen französischen Immobilienfonds.

Anfang November wurde bekannt, dass die Landesregierung trotz massiver Proteste von GRÜNEN, SPD, Mieterschutzvereinigungen, Mieterbeiräten, Gewerkschaften u.a. sowie trotz der derzeit noch laufenden Volksinitiative in dieser Angelegenheit die Kündigungssperrfristverordnung abgeschafft hat. Damit wird der

Kündigungsschutz in umgewandelten Mietwohnungen bereits zum Jahresende von acht auf drei Jahre sinken. Aus unserer Sicht ist dies ein fatales Signal für Spekulanten. Essen ist hiervon sehr betroffen, wie der Verkauf der Immeo-Wohnungen und der von der Landesregierung geplante Verkauf von rund 2.000 LEG-Wohnungen in Essen zeigt. Dabei trifft es insbesondere Mieterinnen und Mieter, die auf die bisherige Regelung vertraut haben und deshalb das Vorkaufsrecht ausgeschlagen und weitere Investitionen in die Wohnung getätigt haben. Die Vermutung liegt auf der Hand, dass diese Lockerung des Mieterschutzes auch erfolgt, um den Verkauf der LEG-Wohnungen durch das Land zu begünstigen.



Kreisverband Essen

Terminhinweis: Die nächste Immeo-Mieterversammlung findet am 18. Januar 2007

um 19 Uhr in der Gesamtschule Holsterhausen statt.

Einladung zum Neujahrsempfang



Bündnis 90/ DIE GRÜNEN möchten das Neue Jahr mit einem geselligen Treffen eröffnen. Dazu laden wir Sie am

Sonntag, den 21. Januar 2007
von 11.00 bis ca.14.00 Uhr in die Lichtburg, Blauer Salon, Kettwiger Straße ein.

Der Klimawandel macht sich immer stärker bemerkbar. GRÜNE treten für neuen Realismus und Radikalität in der Umweltpolitik ein. Was können wir noch tun? Wir freuen uns, dass wir als **Gastrednerin Bärbel Höhn**, Vorsitzende des Bundesumweltausschuss willkommen heißen können. Sie wird zu diesem Thema Stellung nehmen und gemeinsam mit unserem Bundestagabgeordneten Kai Gehring die Rolle der GRÜNEN in Berlin beleuchten.

Gleichzeitig laden wir Sie dazu ein, einen Blick auf die GRÜNE Politik in Essen zu richten. Der Sparzwang wird härter und der Regierungspräsident ungeduldiger. Nach dem Grundschulentwicklungsplan hat uns dieses Jahr der Masterplan Sport für besonders lautstarken Widerspruch gesorgt. Wir stellen gerne im Gespräch dar, wie wir unsere Aufgabe in der Stadtpolitik in Zusammenarbeit mit der CDU sehen und was uns 2007 erwartet. Darüber können wir gern miteinander reden.

Um Anmeldung wird gebeten.

Bündnis 90/ DIE GRÜNEN/ Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen

Fax 0201-24764-19

email: gruenerf@essen.de

oder

kreisverband@gruene-essen.de

Gemeindeordnung NRW: Abgekoppelte OB-Wahlen schwächen kommunale Demokratie

Die Landesregierung schafft durch die Entkopplung der Amtszeiten der BürgermeisterInnen von der Kommunalwahl kleine Sonnenkönige - daran ändert auch die nun beabsichtigte Änderung der Amtszeit von sechs statt vorher geplanter acht Jahre nichts. Die Koalition zeigt sich trotz aller guten Argumente gegen diese Regelung beratungsresistent. "Mit diesen Plänen gestaltet die Koalition eine neue Machtfülle für die Bürgermeister. Das bedeutet eine Schwächung der Räte und damit der Demokratie in den Kommunen, also einen Rückfall, so Vorstandssprecher Thomas Rommelspacher. GRÜNE sprechen sich entschieden gegen eine Abkoppelung der Wahl sowie die **Verlängerung der Bürgermeister-Amtszeit**

auf sechs Jahre und den Verzicht auf eine Stichwahl aus. Denn beides hat gravierende Folgen: Die Entkopplung der Wahlen (Bürgermeister/Rat) zerstört den demokratischen und politischen Zusammenhang zwischen dem Rat als Souverän der Bürgerschaft und dem direkt gewählten Verwaltungschef, der den politischen Willen des Rates und damit der Bürgerschaft umzusetzen hat. Außerdem werden damit zusätzliche Wahlen und damit verbundene Kosten in den Kommunen produziert. Außerdem ist dann bereits eine Amtszeit als Bürgermeister ausreichend, um danach eine Pension zu erhalten – vielleicht ein wesentlicher Grund für den Vorstoß von FDP und CDU!

Dabei ist derzeit noch offen, ob CDU und FDP wie ursprünglich geplant dem OB künftig auch das Recht geben, die **Geschäftsbereiche der Dezernate zu ändern**, was derzeit dem Rat vorbehalten ist. Dies wird sich möglicherweise erst im Gesetzgebungsverfahren klären. Derartige Eingriffsmöglichkeiten dem OB allein einzuräumen, wäre undemokratisch und wird von GRÜNEN entschieden abgelehnt. Dem OB unliebsame Dezernenten oder solche mit dem falschen Parteibuch, die der Rat gewählt hat, könnten so aufs Abstellgleis geschoben und entmachtet werden.

Erfahrungen aus Süddeutschland zeigen zudem, dass bei den dort von den Stadtratswahlen entkoppelten Wahlen von Bürgermeisterinnen und Bürgermeistern die Wahlbeteiligung noch niedriger ist, als bei gekoppelten Wahlen. Im Saarland überlegt man bereits, Bürgermeister- und Ratswahlen wieder zu koppeln.

Die Änderungsabsichten zur **wirtschaftlichen Betätigung der Kommunen** (§ 107 GO NW) sind nicht im Interesse der BürgerInnen, der Kommunen und der mittelständischen Wirtschaft. Hier wird offensichtlich der 'Privat vor Staat'-Ideologie der FDP und Teilen der CDU gefrönt! Die Verschärfung des § 107 auf das 'dringende öffentliche Interesse' wirft die Kommunen drastisch dabei zurück im Interesse der BürgerInnen monopolistischen Strukturen entgegenzutreten und verlustbringende Bereiche wie den ÖPNV (in Essen die EVAG) durch Gewinne an anderer Stelle (Stadtwerke Essen) auszugleichen. Die Folgen für die Bürgerschaft werden in den nächsten Jahren klar: Noch schneller steigende Preise beim ÖPNV, Nachteile von Stadtwerken gegenüber den Oligopolen der Energiewirtschaft sowie den Monopolen in der Abfallwirtschaft, starke Einschränkung der Möglichkeiten kommunaler Wohnungsunternehmen, um nur einige Beispiele zu nennen!

Obwohl im Koalitionsvertrag vereinbart, sieht die nun gefundene Einigung nicht mehr die Möglichkeit des **Kumulierens und Panaschierens** vor. Hier hätten die BürgerInnen etwa durch Bündelung ihrer Stimme(n) stärker als bisher Einfluss nehmen können. Dieser Einfluss ist offenbar bei Schwarz-Gelb nicht gewünscht. Das wäre die Durchsetzung einer uralten Forderung der GRÜNEN, von der ich persönlich aber nicht viel halte, weil sie bestenfalls für Kleinstädte und den ländlichen Raum taugt. Wer kennt in einer Großstadt schon seine Ratsmitglieder oder Bezirksvertreter und kann da auf einer vernünftigen Informationsbasis zwischen den Personen auf einer Liste entscheiden?

Wieder eingeführt werden soll eine geringe **Sperrklausel von 0,7% bis 3%** je nach Gemeindegröße. In Essen könnte sie dann vermutlich um die ein Prozent liegen – das ist vertretbar. Die genaue Regelung steht noch aus. Nach dem Wegfall der 5%-Sperrklausel gab es keinerlei Einschränkung. Folglich bekamen beispielsweise in Essen zahlreiche Kleinstparteien jeweils ein Ratsmandat- eine wirkungslose Vertretung. Da reichten 0,5% für eine Partei, um im Rat mit einer Person vertreten zu sein- eine etwas zu großzügige Regelung, die zu neuer Vielfalt führte und Mehrheitsbildungen erschwert. Um ihrer Ohnmacht zu entgehen haben sie sich in Essen nun zu einer Fraktion zusammengeschlossen, die MLPD, DKP und PDS umfasst.

Nach dem Willen der Schwarz-Gelben Landeregierung werden 2009 letztmalig gemeinsame Wahlen von Räten und BürgermeisterInnen stattfinden. Die Hoffnung, die GRÜNEN bleibt, dass diese 'Reform' nach der nächsten Landtagswahl - also spätestens 2010 - reformiert werden kann. Außerdem wollen CDU und FDP das Wahlgesetz für den Landtag ändern und die Zweistimme für Landtagswahlen in NRW einführen.

Joachim Drell
(tlw. aus der PM von MdL H. Becker)

Braucht das Ruhrgebiet noch mehr Autobahnen?

Unter diesem Titel veranstaltete die Bürgerinitiative gegen den Weiterbau der A52 im November eine Tagung in der Zeche Carl. In einem Podiumsgespräch haben sich Fachleute nach Ihren Vorträgen

gemeinsam mit Vertretern der Bürgerinitiative und des VCD mit der Thematik **Lebensqualität und Mobilität in der Metropole Ruhrgebiet** auseinandersetzt.

Zu den verschiedenen Aspekten standen folgende Fachleute Rede und Antwort:

- Professor Michael Schreckenber (Uni Duisburg-Essen, Ruhrpilot) hatte sich mit dem Thema Verkehr ohne Stau befasst,
- Dr. Stephan Weber (Uni Duisburg-Essen) sprach über das Stadtklima heute und morgen,
- Dipl.-Ing. Carolin Schäfer-Sparenberg (Wuppertal Institut) zu Strukturen nachhaltiger Mobilität und
- Dr. Werner Reh (BUND) zur Mobilität ohne Auto und Vertreter von VCD und BI Stoppt A 52.

Veranstaltungsbericht Leben der Metropole Ruhr

Fünf Verkehrsexperten beteiligten sich an dieser Vortrags- und Diskussionsveranstaltung. Dabei ging es weniger um die seit langem äußerst umstrittene Autobahn mitten durch das Ruhrgebiet, sondern mehr um die globalen wie auch lokalen Auswirkungen eines immer weiter ausufernden Autoverkehrs. Einen breiten Raum nahm das Thema Luftbelastung ein, die im Gegensatz zum eigentlich rückläufigen Trend beim Verkehr sogar noch zunehme. Bei der momentan allgegenwärtigen Feinstaubdiskussion wurde dargelegt, dass die angestrebten Rußfilter die großen Partikel in der Tat herausfiltern, nicht aber die mikrokleinen Partikel. Diese seien, weil sie bis in die tiefsten Bereiche der Lunge dringen können, weitaus gefährlicher. Bislang seien sie durch die großen Partikel gebunden worden, was aber jetzt entfele.

Völlig uneffizient seien die lokalen Sperrungen des Verkehrs, die bislang auch nur dort durchgeführt worden seien, wo Messstationen stünden. So könne beispielsweise eine Stadt wie Gladbeck, in der kein Messcontainer steht, behaupten, dass man kein Feinstaubproblem habe. Dabei führt die jetzt schon extrem stark befahrene B 224, die auch irgendwann zur A 52 ausgebaut werden soll, durch die Stadt. Großräumige Lösungen müssen her, die zumindest im Ruhrgebiet auch geplant sind. So arbeitet man derzeit an der „Umweltzone Ruhrgebiet“, bei der – abgestimmt mit den Städten – großflächige Sperrungen für Fahrzeuge der Schadstoffklassen 1 und eventuell auch 2 vorgesehen seien.

Generell müssen Lösungen gefunden werden, wie man den Autoverkehr reduzieren könne. Alternative Antriebe wie der vielgepriesene Wasserstoffantrieb seien extrem uneffizient, da allein 80% der Energie bei der Herstellung verloren ginge, was wiederum einen hohen CO²-Ausstoß mit sich brächte. Und selbst die als Antriebsstoff der Zukunft hochstilisierte Brennstoffzelle sei so extrem teuer, dass damit ausgestattete Fahrzeuge selbst mittelfristig unbezahlbar blieben. Also auch keine Lösung, um die heute bereits bestehenden Probleme beim Verkehr zu lösen.

Eine Möglichkeit diesbezüglich soll der „Ruhrpilot“ sein, mit dem versucht werden soll, computergesteuert zumindest ansatzweise den Autoverkehr in halbwegs geordnete Bahnen zu leiten. Per Internet können dort dann Stauprognosen abgerufen werden. Verbunden mit der Hoffnung, dass die Autofahrer sich auch daran halten, sollen letztendlich gar keine Staus mehr entstehen, der Verkehr insgesamt flüssiger werden. Letztlich geht es dem „Ruhrpiloten“ aber nicht darum, den Verkehr zu reduzieren, sondern den Ist-Zustand besser zu verwalten. Immerhin wird der Öffentlichen Verkehr, sprich also Busse und Bahnen, mit einbezogen, indem man über das Internet Störungen oder Verspätungen abrufen kann.

Überhaupt spielt der ÖPNV im Verkehr in NRW eine nach wie vor nicht zu unterschätzende Rolle, wenn er denn effizient gefördert wird. So hat z.B. die Regionalbahn Düsseldorf-Mettmann seit ihrer Neuausrichtung einen Fahrgastzuwachs von 500 Personen/Tag auf 18.000 Personen/ ag erlebt. Angesichts der beschlossenen Kürzungen bei den Regionalisierungsgeldern durch den Bund kann einem allerdings um die Zukunft des Öffentlichen Nahverkehrs angst und bange werden. Was wäre,

wenn viele der derzeitigen ÖPNV-Benutzer zwangsweise wieder auf's Auto umsteigen würden? Nicht auszudenken....

Und was ist mit dem Radverkehr? NRW gilt mit seiner „Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundlicher Städte“ (AGFS) in Sachen Radverkehrsförderung bundesweit als fortschrittlich. Zielvorstellung ist ein landesweiter Radverkehrsanteil von 15 bis 20 %. Beim „Ruhrpilot“ dagegen spielt das Fahrrad als alternatives Verkehrsmittel keine Rolle. Dabei ist es doch eine altbekannte Tatsache, dass das Fahrrad gerade im innerstädtischen Verkehr nicht nur eines der effizientesten, weil schnellsten Verkehrsmittel ist, sondern auch zur Entzerrung der Verkehrsdichte beiträgt.

Die Anteile beim Verkehr in deutschen Städten liegen derzeit bei 50% Autoverkehr, 20% ÖPNV und 30% Fuß- und Radverkehr (hier variieren die Verhältnisse untereinander je nach Stadt bzw. Region). Der optimale Modal-Split läge nach Ansicht der Experten bei 33%/ 33%/ 33%, also bei jeweils einem Drittel in allen Bereichen. Dabei gelte es den CO²-Ausstoß bis 2020 um 30%, bis 2050 um 80% zu reduzieren. Dann könne man von einer nachhaltigen Mobilität sprechen.

Diesem allen widerspricht die Planung einer Autobahn wie der A 52 mitten durch ein ohnehin bereits extrem belastetes Stadtgebiet ganz eklatant, zumal besagte Autobahn keine Entlastung für den innerstädtischen Verkehr bringen würde. Letzteres geben inzwischen sogar die Befürworter dieser Autobahn offen zu. Es handelt sich um eine zusätzliche Nord-Süd-Transitautobahn durch das Ruhrgebiet, deren Linienführung (Köln) – Wuppertal – Essen – Marl (Chemiepark!) – Münster – (Hamburg) verdeutlicht, dass vor allem dem nach allen Prognosen stark zunehmenden Lkw-Verkehr mehr Raum verschafft werden soll.

Was das an zusätzlicher Belastung für das Ruhrgebiet bedeutet, kann sich jeder selbst ausmalen. Insofern war diese Veranstaltung, welche die Hintergründe und Auswirkungen einer derartigen Verkehrspolitik offenbarte, hochinteressant.

Jörg Brinkmann, aus „Rad im Pott“ 4-2006 Fahrradzeitung
des ADFC Duisburg, Essen, Mülheim Oberhausen

Kai's Brief aus Berlin - Neues von unserem MdB Kai Gehring

Liebe Freundinnen und Freunde,

ein politisch turbulentes Jahr neigt sich seinem Ende zu. Was mich in meinem ersten kompletten Jahr als Bundestagsabgeordneter besonders beschäftigt hat und was ich in der Jugend- und Hochschulpolitik bewegen konnte, könnt ihr hier nachlesen. Weitere Infos sowie alle erwähnten Initiativen und Dokumente findet ihr auf meiner Homepage www.kai-gehring.de.

Große Anfrage Jugendpolitik – Teilhabe und Generationengerechtigkeit

Im Mai habe ich für meine Fraktion eine Große Anfrage zur Jugendpolitik in Deutschland eingebracht. Damit machen wir deutlich: Jugendpolitik braucht einen hohen Stellenwert und ist Querschnittsaufgabe. In allen Politikfeldern sind Entscheidungen konsequent auch an den Rechten, Möglichkeiten und Interessen von Jugendlichen zu orientieren. Bei der Großen Koalition und Ministerin von der Leyen ist Jugendpolitik dagegen nach wie vor eine Leerstelle. Eine Beantwortung der Großen Anfrage ist erst für das Frühjahr 2007 zugesagt. Darin muss die Große Koalition endlich Farbe bekennen, wie sie allen Jugendlichen Chancen eröffnen und Perspektiven schaffen will.

Computerspiele – Sündenbock für unzureichende Jugendpolitik?!

Durch den Amoklauf an einer Emsdettener Schule hat die Diskussion um ein Verbot gewalthaltiger Computerspiele wieder den Sprung in die Schlagzeilen geschafft. Doch: Verbotsforderungen helfen nicht weiter. Wir müssen stattdessen die wirklichen Ursachen für Jugendgewalt bekämpfen, Medienkompetenz stärken, gute Computerspiele fördern und umfassende jugend-, bildungs- und medienpoli-

tische Antworten entwickeln. Bereits zu Beginn des Jahres hat die Bundestagsfraktion hierzu auf meine Initiative hin einen Beschluss zu „Killerspielen“ und Medienkompetenz verabschiedet und Ende November ein Fachgespräch dazu organisiert.

Generation Praktikum – Sprungbrett statt Sackgasse

Von Anfang an setze ich mich für bessere Perspektiven der *Generation Praktikum* ein. Im Mai habe ich ein Fachgespräch dazu veranstaltet. Unsere Erkenntnisse daraus sind in einen Fraktionsbeschluss mit einem Zehn-Punkte-Plan für faire Praktika eingeflossen. Leitlinie ist dabei: Praktikum ja, aber fair – und am besten eingebunden ins Studium! Ausnutzung von PraktikantInnen ist nicht akzeptabel. Durch die zeitgleich verabschiedete Selbstverpflichtung zum fairen Umgang mit PraktikantInnen in der Bundestagsfraktion gehen wir Grüne zudem mit gutem Beispiel voran. Die Koalition vernachlässigt das Thema bislang leider sträflich.

Föderalismusreform – Mutter allen Murkses

Sie hätte die Mutter aller Reformen werden können. Doch nach dem Motto „Zurück in die Kleinstaaterei“ fand die Große Koalition stets nur den kleinsten gemeinsamen Nenner. Zersplitterung des Umweltrechts, 16 verschiedene Landesstandards im Pflegebereich, die Abschaffung von bewährten Strukturen der Jugendhilfe – all das sind Beispiele dafür, was nun droht. In der Hochschulpolitik konnte ich zusammen mit meinen KollegInnen verhindern, dass der Bund aus seiner Verantwortung für Wissenschaft und Hochschulen gänzlich herausgedrängt wird. Allerdings gilt leider künftig das Einstimmigkeitsprinzip. D.h. alle 16 Ministerpräsidenten müssen Bundesinitiativen zustimmen.

Hochschulpakt – kurzfristig und unterfinanziert

Schavans Kooperationsverbot im Wissenschaftsbereich ist gescheitert. Dies machte den Weg für einen Hochschulpakt zwischen Bund und Ländern überhaupt erst möglich. Seitdem kämpfe ich für einen wirksamen Hochschulpakt. Ziel ist es, genügend Studienplätze für zehntausende zusätzliche Studienberechtigte in den kommenden Jahren zu schaffen. Bereits im Februar haben wir die Bundesregierung zum Handeln aufgefordert. Im Herbst haben wir konkrete Kriterien nachgelegt. Die jetzt vorgestellte Einigung der Minister von Bund und Ländern wird dem nicht gerecht: Der Hochschulpakt ist kurzfristig (bereits 2010 ist Schluss) und unterfinanziert. Das Geld reicht kaum für die dringend erforderlichen 90.000 zusätzlichen Studienplätze.

Murks in Serie und grüne Ideenwerkstatt

2006 hat mir gezeigt: Große Koalition heißt Streit und Murks in Serie und bedeutet kleine Kompromisse und große Rückschritte. Dies gilt für meine Politikbereiche ebenso wie für Gesundheits-, Umwelt-, Energie-, Arbeits- und Wirtschaftspolitik. Die grüne Bundestagsfraktion nimmt die Losung „Ideenwerkstatt“ ernst und erarbeitet in allen wesentlichen Bereichen neue und realitätstaugliche Alternativkonzepte. Wir wollen keine Hau-drauf-Opposition, sondern agieren kritisch-konstruktiv.

Ausblick und guten Rutsch

Auch im nächsten Jahr werde ich genau so engagiert und motiviert die Jugend- und Hochschulpolitik der Grünen im Bundestag gestalten und die Große Koalition konstruktiv-kritisch begleiten – und dabei die Auswirkungen auf Essen und das Ruhrgebiet nie aus den Augen verlieren.

Euch allen ein frohes Fest und einen schönen Jahreswechsel!

Herzliche Grüße, :-> Kai

Ziel fahrradfreundliche Stadt weiter verfolgen

Zum Jahresende 2007 läuft die langjährige Mitgliedschaft der Stadt Essen in der Arbeitsgemeinschaft „Fahrradfreundliche Stadt“ (AGFB) des Landes NRW aus, falls nicht rechtzeitig bis Ende Januar 2007 die Verlängerung der Mitgliedschaft beantragt wird. GRÜNE wünschen sich, dass die Stadt die Verlängerung ihrer Mitgliedschaft beantragt.

„In der Vergangenheit konnte einiges für den Radverkehr in Essen erreicht werden,“ so Rolf Fliß, Mitglied der GRÜNEN im Bauausschuss.

„Zwar kam der Fortschritt nur im Schnecken-tempo, aber ohne die Mitgliedschaft in der AG stünde Essen weitaus schlechter da“

Ein wichtiger Erfolg war die Schaffung eines Radroutennetzes und die Ausschilderung der Radrouten, ein anderer die Einführung der Radstaffel der Polizei. Zwar hat das Netz noch Lücken, aber es wird weiter komplettiert. Bei allen Fahrbahnerneuerungsarbeiten an dafür geeigneten Straßen werden nach Möglichkeit Fahrradstreifen angelegt, wie es in diesem Jahr auf der Straße Im Mühlenbruch und der Überrastraße geschah. Es war ein langer

Kampf, diese abmarkierten Radwege als Standard zu erreichen, blicken die GRÜNEN zurück.

Aber es gibt noch viel zu tun. Für 2007f gibt es von der Baudezernentin Raskob ein Infrastrukturprogramm, das mit dem Rechnungsprüfungsamt abgestimmt ist. Es enthält zahlreiche Verbesserungen und Ausbaumaßnahmen.

„Die Beschilderung der landesweiten Radwege durch Essen soll 2007 endlich auch in Essen erfolgen,“ berichtet Rolf Fliß.

Das Ziel nicht nur der GRÜNEN bleibt, den Anteil des Fahrradverkehrs am Gesamtverkehrsaufkommen weiter zu steigern.

Der jährlich erscheinende Fahrradkalender der Stadt mit allen Terminen von Radtouren ist ein gutes Mittel, um weiter für das umweltfreundliche Verkehrsmittel Rad zu werben.

Mit dem Verbleib der Stadt Essen im Verbund der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Stadt lässt sich dieses Ziel, Essen fahrradfreundlich umzugestalten, leichter durchsetzen.

Joachim Drell

GRÜNE BDK: Den Sozialstaat weiterentwickeln

Die Grünen wollen den Sozialstaat weiterentwickeln. Auf dem jüngsten Parteitag in Köln beschlossen die Delegierten, eine Kommission einzurichten, die Vorschläge erarbeiten soll. Grundlage für die Arbeit der Kommission sollen die Konzepte zum bedingungslosen Grundeinkommen und zur Grundversicherung sein.

Dem Beschluss vorangegangen war eine leidenschaftliche Debatte. Einig waren sich alle Redner darin, dass der Sozialstaat Menschen in Notlagen unterstützen muss. Der neue Oberbürgermeister von Tübingen, Boris Palmer, sagte, Hartz IV entspreche nicht seiner Vorstellung von einer sozialen Gesellschaft. Das Grundeinkommen sei hingegen ein interessantes Konzept, das Menschen ermögliche in Freiheit zu leben.

Die stellvertretende Bundestagspräsidentin Katrin Göring-Eckardt sagte, das bedingungslose Grundeinkommen sei spannend, weil jeder Mensch damit eine Grundlage hätte, auf der er sich entwickeln könne. Ein Grundeinkommen dürfe aber nicht dazu führen, dass Sozialleistungen gekürzt würden. Stefan Ziller vom Arbeitskreis Grundeinkommen sagte, die Modelle, die jetzt in der Öffentlichkeit diskutiert würden, müssten so verbessert werden, dass sie armutsfest seien. Die ehemalige Frauenpolitische Sprecherin Katja Husen forderte, bei der Suche nach einem Zukunftskonzept die Geschlechtergerechtigkeit nicht zu vergessen.

Die Delegierten stimmten außerdem dafür, Regeln für die Gestaltung eines Mindestlohnes einzuführen. Damit soll Lohndumping verhindert werden. Außerdem wollen die Grünen die tarifliche Entlohnung zum Kriterium für die Erteilung von öffentlichen Aufträgen machen.

Tipps und Termine

Neu: Fahrradmesse Essen 2007

Neue Möglichkeiten für Freunde des Rads bietet vom 23. bis 25. Februar erstmals im Ruhrgebiet eine Fahrradmesse als Publikumsmesse statt. Sie basiert auf Radmessen, die zuvor in „Rheinberg“ stattgefunden haben.

Die Essener Messe ist kombiniert mit der Messe „Reise-Camping“ und ergibt so vielleicht eine Mischung, die zum Besuch reizt. Das gemeinsame Ticket kostet 8,- Euro. Die Radmesse findet menschen in der Halle 7.

Dort gibt es ein umfangreiches Spektrum von unterschiedlichsten Fahrrädern und Zubehör (Kleidung, Beleuchtung usw.) zu sehen, aber auch Kartenmaterial und Informationsstände der EFI und der Arbeitsgemeinschaft Fahrradfreundliche Städte. Eröffnet wird die Messe vom radelnden Bürgermeister Rolf Fliß (GRÜNE). Weitere Informationen unter www.fahrrad2007.de

WANN			WO	WAS
4.1.07	Do	20.00	Borbeck	GRÜNER Treff in Borbeck im Wirtshaus, Germaniastr. 230
5.1.07	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	UnternehmerInnenstammtisch von Unternehmensgrün, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393
8.1.07	Mo	20.00	Wasserturm	Stammtisch der GRÜNEN Stadtmitte/Hutrop Gaststätte Michelshof, Steubenstr. 61
10.1.07	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298 (2.Mi)
10.1.07	Mi	20.00	Steele	Steeler Treff der GRÜNEN im Grend, Westfahlenstr. 298
10.1.07	Mi	20.00	Rüttenscheid	GRÜNER Stammtisch Rüttenscheid im Cafe Cult, Giradetzentrum (2.Mi)
12.1.07	Fr	10.00	Landtag	Berufsperspektiven u. Lebenswünsche von Mädchen und jungen Frauen, GRÜNE LTF
15.1.07	Mo	19.30	Zeche Carl	Stammtisch der GRÜNEN Nord
18.1.07	Do	19.00	Altenessen	BI Stoppt A 52, ev. Gemeindezentrum, Hövelstr. 73
21.1.07	So	11.00	Lichtburg	Neujahrsempfang der Essener GRÜNEN mit Bärbel Höhn im blauen Saal
26.1.07	Fr	19.30	Ruhrhalbinsel	GRÜNER Stammtisch Ruhrhalbinsel, Gaststätte Dyonissos, Heisinger Str. 393

Abonnieren und Abbestellen

Sie erhalten diesen Newsletter, weil sie sich auf unserer Homepage www.gruene-essen.de in unseren Verteiler eingetragen haben. Es kann aber auch sein, dass Ihnen diese Ausgabe unserer GRÜNEN Zeiten von uns oder andern zugesandt wurde, weil wir meinten, dass Sie interessiert sind an Informationen von GRÜNEN zum Geschehen in Essen und Drumherum. Wenn sie Interesse an einer regelmäßigen Zusendung haben, klicken sie auf unserer Homepage den Button „Newsletter Abo“ an und tragen ihre Email-Adresse ein. Über diesen Knopf ist jederzeit auch eine Abbestellung möglich.

Es liegt uns fern, Sie unaufgefordert mit E-Mails zu belästigen.

Mit freundlichen Grüßen die Redaktion

Impressum Newsletter

BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN/ Kreisverband Essen
Limbecker Str. 48-50/ 45127 Essen
Tel.:0201- 24764-33
e-mail: Kreisverband@gruene-essen.de
V.i.S.d.P. und Redaktion: J. Drell